

# Taliban: Neuer Faktor im afghanischen Bürgerkrieg

von Thomas Ruttig

Wieder einmal ist der UN-Gesandte für Afghanistan, Mahmud Mestiri, gescheitert. Am 20. Februar erklärte er, er glaube jetzt nicht mehr daran, daß es in der nahen Zukunft eine politische Lösung in Afghanistan geben wird. Die Fraktionen sind nicht bereit, Frieden zu machen, und sie nutzten die Präsenz der Taliban als "Friedensprozeß zu verzögern."

In Afghanistan hatte die UNO noch nie eine glückliche Hand. Im Frühjahr 1992 hatte sie mühsam eine Einheitsregierung der bis dahin zerstrittenen Mujahedin-Parteien zusammengebastelt und den von Moskau verlassenen linken Staatschef Najibullah zum Rücktritt überredet, als ihnen eine Revolte in dessen Lager einen Strich durch die Rechnung machte. Abdurrahman Dostam, dessen schlagkräftige Usbekenmiliz praktisch eine schnelle Eingreiftruppe des Nadshib-Regimes bildete, wechselte die Seiten und machte damit den Mudshahedin den Weg in die afghanische Hauptstadt frei.

Die eben noch einigen Mudshahedin-Parteien vergaßen alle UN-Pläne, und

das große Rennen nach Kabul ging los. Sieger wurde Ahmad Schah Massud, der Befehlshaber der Truppen des jetzigen Interimspräsidenten Burhanuddin Rabbani.

Am 20. Februar sollte nach mehr als zweijährigen erbitterten Kämpfen der Mudshahedin-Fraktionen untereinander in Kabul erstmals ein Übergangs-Regierungsrat zusammentreten, dem auch alle zehn Fraktionen zugestimmt hatten. Der sollte, so stellte sich die UNO das vor, eine neutrale Sicherheitstruppe schaffen (also alle freischaffenden Mudshahedin-Gruppen und -Grüppchen entwaffnen) und nach sechs Monaten die Macht an eine neue Regierung weitergeben.

Aber nur zehn Tage vorher drehte sich

die militärische Situation komplett. Die Taliban, eine neue militärische Kraft, tauchten plötzlich vor Kabul auf und nahmen binnen zwei Stunden das Hauptquartier Gulbuddin Hekmatyars, dessen Partei 'Hezb-e Islami' als stärkste der Mudshahedin-Gruppierungen galt, in Tschahrasjab 40 Kilometer südlich der Hauptstadt Kabul ein. Hekmatyar suchte kampfflos und in wilder Flucht das Weite und ließ sämtliche schwere Waffen, Raketen, wichtige Papiere und sogar persönliche Sachen zurück. Die Taliban hatten nicht nur in weniger als sechs Monaten zehn der 29 Provinzen Afghanistans erobert, sondern kontrollieren nun auch zwei der vier Zufahrtstraßen nach Kabul.



25.000 Taliban-Kämpfer als neuer Faktor im Bürgerkrieg (Foto: 'Frontline')

Doch die diplomatischen Berufsoptimisten der Weltorganisation signalisierten erstmalig: "Alles unter Kontrolle". Charles Santos, Sprecher des Mestiris, erklärte am 15. Februar: "Das Vorrücken der Taliban hat einen positiven Einfluß auf den Friedensprozeß. Ich glaube, sie werden so stark (von der Bevölkerung - d.Red.) unterstützt, weil sie ein Ende des Konfliktes wollen. Sie wollen einen Prozeß der Entwaffnung und wieder Normalität in Afghanistan. Das ist, was alle Afghanen wollen und was auch die UNO will." Kommentar von Prof. Fred Halliday, Afghanistan-Experte von der 'London School of Economics': "Es scheint, als ob sich die UNO auch heute wieder auf der einen Ebene befindet, und die Realität in Afghanistan ist auf einer ganz anderen."

Hallidays sarkastische Einschätzung bewahrheitete sich nur ein paar Wochen später. Mitte März entpuppten sich die Taliban als nur eine Fraktion unter vielen, die ursprünglich mit einem Saubermann-Image angetreten waren. Sie lehnten es ab, zusammen mit den Mudshahedin-Führern in den Übergangsrat einzutreten. Diese seien "Kriminelle", die Afghanistan endgültig zerstört hätten und auf die Zivilbevölkerung keinerlei Rücksicht nähmen. Zum Beweis räumten sie in Südafghanistan mit dem Mohn- und Opiumhandel auf, mit dem die Mudshahedin-Bosse ihren Krieg finanzierten. Bei Kandahar knüpften sie einen berüchtigten Kommandanten auf, der sich an seiner Straßensperre wiederholt an Minderjährigen vergangen hatte. Auch einen Sitz im Übergangsrat lehnten sie ab. Sie erklärten, sie hätten keine politischen Ambitionen und wollten nur eine "wirklich islamische" Regierung in Afghanistan.

Doch dann brachen Anfang März in Kabul erneut heftige Kämpfe aus. Präsident Rabbani, dessen Gegner durch die Taliban erheblich geschwächt worden war, versuchte, Kapital aus der Situation zu schlagen. Seine Mudshahedin griffen die Kämpfer der schiitischen Islamischen Einheitspartei ('Hezb-e Wahdat-e Islami') an, die einzige Rabbani-feindliche Gruppe, die noch Stellungen in der Hauptstadt hielt. Hunderte Zivilisten mußten sterben, was die Taliban zum Anlaß für ein Eingreifen nahmen. Sie boten beiden Seiten an, die Stellungen an der Frontlinie zu übernehmen und Frieden zu stiften. Nur die Wahdat stimmte zu.

Daraufhin griffen am 13. März die Regierungstruppen überraschend die Taliban an, und es gelang ihnen, sie aus Kabul herauszudrängen. Die antworteten mit heftigem Raketenfeuer auf Wohngebiete und einer Rücktrittsforderung an Rabbani. Er solle ihnen die Macht übertragen, hieß es, was eine Aufgabe der

Ambitionslosigkeit und eine Übernahme des Alleinherrschaftsanspruches, den auch die anderen Mudshahedin-Parteien verfolgen, darstellte. Die Auseinandersetzungen um die afghanische Hauptstadt dauerten bei Redaktionsschluß an, eine Tendenz ließ sich noch nicht erkennen.

Wie die Kämpfe um Kabul auch ausgehen - eines steht fest: Die Taliban haben ihren Nimbus der Unbesiegbarkeit verloren, von dem sie jetzt ein halbes Jahr profitiert haben (neben der Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung, die jeden Strohhalm ergreift, der Aussicht auf Rettung verspricht, sowie der offen zutage getretenen Degradation der einstigen Mudshahedin-Freiheitskämpfer zu eigennütigen Banditenhüptlingen). Der Durchmarsch nach Kabul ist ihnen mißlungen. Jetzt geht das Spiel des Koalitionierens von vorn los.

Als zwischenzeitlichen Sieger betrachtet sich hingegen Interimspräsident Rabbani. Er war sowieso nicht sehr von der geplanten Amtsübergabe begeistert, die er zuvor bereits zweimal verhindern konnte. Das Auftauchen der Taliban gab ihm dafür eine gute Begründung. Auch jetzt beharrt er weiter auf der Forderung, die Taliban müßten in eine künftige Lösung einbezogen werden. Wie das bewerkstelligt werden soll, ist aber allen Seiten, und auch der UNO, völlig unklar.

Auch die Taliban sind selbst bei einer eventuellen Niederlage vor Kabul nicht aus dem Rennen. Sie stehen weiter wenige Kilometer außerhalb Kabuls und kontrollieren ein Viertel des Landes. Damit wird faktisch eine Spaltung des Landes in sechs Einflußgebiete zementiert. Während die Taliban den Süden und Südosten halten, kontrollieren Rabbani und Massud den Nordosten und Kabul und ihr Verbündeter Ismail Khan den Nordwesten um Herat. Die aus Kabul vertriebene Wahdat beherrscht das karge zentralafghanische Hochland, ihr Verbündeter, der usbekische Milizchef Abdurrahman Dostam sieben oder acht Provinzen im Norden an der Grenze zu Usbekistan; irgendwo lauert - wenn auch ohne geschlossenes Territorium - nach wie auch noch der Dritte im Bunde, der "Erzfundamentalist" Gulbuddin Hekmatyar. Das sechste und kleinste Gebiet liegt östlich von Kabul an der pakistanischen Grenze: Dort kontrolliert die sogenannte Schura von Jalalabad drei kleine Provinzen, in denen sie einigermaßen die Ordnung wiederhergestellt hat und der Handel bereits wieder blüht.

Mittlerweile wird auch deutlicher, wer sich hinter der bisher sehr mysteriösen Gruppe Taliban verbirgt. Der ehemalige pakistanische Generalstabschef Mirza Aslam Beg, über den Mitte der 80er Jahre gemeinsam mit Militärgesamtdienstchef Hamid Gul die antisowjeti-

sche Nachschub-Pipeline für die Mudshahedin lief, erklärte jüngst in der pakistanischen Zeitung 'The News', die Taliban seien garnichts Neues, sondern bereits 1985/86 mit tätiger Mithilfe der USA in Pakistan gegründet worden. In von der Außenwelt abgeschirmten und vom Militär unterhaltenen Madrassas (höheren Islamschulen) seien vor allem junge afghanische Flüchtlinge, mit Vorliebe Waisen, ausgebildet worden, auch an Waffen. Damals seien sie in der Provinz Kunar, einem befreiten Territorium, erfolgreich zum Einsatz gekommen und jetzt wieder aktiviert worden.

Die ursprüngliche Theorie, daß es sich vor allem um Paschtunen handeln soll, die von der pakistanischen - aber ebenfalls paschtunischen - Partei 'Jamaat-i-Ulema-i-Islam' des Maulana Fazl-ur-Rahman unterstützt werden, scheint zumindest relativiert werden zu müssen. 'News' berichtete auch von einem Abtransport weiterer Taliban von Quetta ins afghanische Kandahar, darunter seien auch zahlreiche Tadshiken und Usbeken gewesen.

Offensichtlich bilden die eigentlichen Taliban nur den Kern der neuen Bewegung. Auf ihrem Weg durch Afghanistan hat die Bewegung zahlreiche bewaffnete Gruppen aufgesogen, die einen Übertritt einem Kampf vorzogen. Auf gleiche Weise kamen die Taliban wohl auch zu ihren Kampfflugzeugen und Panzern. Afghanische Exilquellen sprechen davon, daß sich große Teile der Hekmatyar'schen 'Hezb-e Islami'-Kämpfer den Taliban angeschlossen hätten, was erklären würde, warum diese so schnell von der Bildfläche verschwanden, als die Taliban Tschahrasjab einnahmen. Der Chef des BBC-Paschtodienstes berichtete außerdem in einem Interview, daß Offiziere des letzten Regimes (von Ex-Präsident Nadshibullah) für die Taliban die Flugzeuge flögen und die Panzer führen. Auch sollen sie die Unterstützung vieler eher liberal eingestellter Intellektueller im Exil genießen.

Nach der anfänglichen Hoffnung, die Taliban könnten im Alleingang nach 16 Jahren Krieg für Frieden in Afghanistan sorgen, sieht es gegenwärtig eher nach einer neuen, noch blutigeren Runde des Bürgerkrieges aus. Bei allen Fehleinschätzungen, die ihr unterlaufen sind, bildet die UNO mit ihren Vermittlungsbemühungen gegenwärtig weiter die einzige Hoffnung in der afghanischen Trümmerlandschaft. Dies wird gerade aus den Flüchtlingslagern berichtet, und ist auch in exilafghanischen Kreisen deutlich.

(Thomas Ruttig ist freier Journalist, Berlin, und beschäftigt sich hauptsächlich mit West- und Zentralasien, sowie Afghanistan.)